

Grosser Gemeinderat, Vorlage

Interpellation von Astrid Estermann "Crypto-Währungen: Ein Reputationsproblem für Zug?"

Antwort des Stadtrats vom 3. Juli 2018

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 17. Mai 2018 hat Astrid Estermann (Alternative-die Grünen) die Interpellation „Crypto-Währungen: Ein Reputationsrisiko für Zug?“ eingereicht. Sie stellt darin dem Stadtrat eine Reihe von Fragen. Wortlaut und Begründung des Vorstosses sind aus dem vollständigen Interpellationstext im Anhang ersichtlich.

Frage 1

Welche Schlüsse zieht der Stadtrat aus dem Envion-Ende?

Antwort

Bei der Firma Envion AG handelt es sich um eine im Handelsregister des Kantons Zug eingetragene Firma mit Sitz in Baar, welche unter anderem die Erbringung von Infrastrukturdienstleistungen für Kryptowährungen und Blockchainanwendungen sowie die Entwicklung von Software zum globalen Betrieb von Datenzentren bezweckt. Der Stadtrat sah im Vorfeld der vorliegenden Interpellation keine Veranlassung, sich mit dieser Firma zu befassen. Es kann jedoch durchaus sein, dass sich in einem anderen Fall eine Firma mit Firmensitz in der Stadt Zug mit ähnlichen Schlagzeilen konfrontiert sieht, weshalb zu der Firma Envion AG vorliegend Stellung genommen werden kann.

Allgemein kann festgestellt werden, dass es betreffend Initial Coin Offerings (folgend: ICO[s]) immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten kommt. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als es sich um eine neue Finanzierungsform handelt, welche sowohl Vor- wie auch Nachteile aufweist. Der Stadtrat begrüsst es deshalb, dass die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA im Februar eine Wegleitung zu diesem Thema erlassen hat¹. Verwiesen werden kann an dieser Stelle auch auf die zunehmenden Selbstregulierungstendenzen der Branche (z.B. Verein zur Qualitätssicherung von Finanzdienstleistungen VQF und der Code of Conduct der Crypto Valley Association²).

¹ <https://www.finma.ch/de/news/2018/02/20180216-mm-ico-wegleitung/>

² <https://cryptovalley.swiss/codeofconduct/>

Im Falle der Firma Envion AG kam es offenbar über die Verwendung der aus einem ICO eingenommenen Mitteln zwischen dem Gründer der Envion AG und deren CEO zu einem Streit. Ähnliches ist auch bei der Tezos Foundation in Zug geschehen. Bezüglich der Envion AG sind nun verschiedene Gerichte mit diesem Streit beschäftigt. Dies entspricht einem Vorgang, wie es auch in der "normalen" Wirtschaftswelt vorkommen kann ist. Diesbezüglich kann an ein Beispiel ebenfalls aus Baar erinnert werden, befand sich die Firma Sika AG doch in einem jahrelangen Rechtsstreit über die Begrenzung von Stimmrechten. Käme es in einem Fall gar zu strafbaren Handlungen, so wären zunächst die Strafverfolgungsbehörden und später ebenfalls wiederum die Gerichte für die Aufklärung und Beurteilung des Sachverhalts zuständig. Der Stadtrat vertraut im Falle von zivilrechtlichen Streitigkeiten oder strafbaren Handlungen auf die zuständigen Behörden bzw. Institutionen, ist es doch gerade Kernaufgabe der Judikative, Streitigkeiten einer Lösung zuzuführen und durch Urteile Rechtssicherheit zu schaffen.

Frage 2

Bringt der Stadtrat Crypto-Währungen blindlings Vertrauen entgegen, welches diese gar nicht verdienen?

Antwort

Die Frage 1 beschäftigt sich mit dem Thema ICO, vorliegend zielt die Frage auf das Thema Kryptowährungen.

Der guten Ordnung halber ist einleitend festzuhalten, dass es sich bei ICOs und Kryptowährungen um zweierlei Dinge handelt. Kryptowährungen sind digitale Währungen. Im Falle der bekanntesten und verbreitetsten Kryptowährungen Bitcoin und Ether basieren diese auf der Blockchain-Technologie. Verschiedene Zentralbanken stellen aktuell Überlegungen an, eine "offizielle" Kryptowährung einzuführen. So sind die Vorarbeiten in Schweden bezüglich die Einführung einer staatlichen "e-Krone" schon relativ weit gediehen. Abzugrenzen von solchen digitalen Währungssystemen sind die sogenannten ICOs; bei diesen steht die Kapitalbeschaffung eines Unternehmens im Mittelpunkt. Anstelle von Aktien werden bei ICOs sogenannte Coins oder Token herausgegeben. Mit diesen Coins oder Tokens erhalten Anlegerinnen und Anleger eine Beteiligung am Unternehmen. Zentral bei der Herausgabe von Coins oder Token ist das sogenannte "Whitepaper". In diesem wird festgehalten, was für ein Projekt das herausgebende Unternehmen realisieren möchte bzw. wofür mittels eines ICOs Geld gesammelt wird. Ebenso wird im "Whitepaper" festgehalten, mit welchen Gegenrechten Geldgeber potentiell rechnen können. Letztlich sind es damit die Anlegerinnen und Anleger, welche zu entscheiden haben, ob sie dem Unternehmen und den gemachten Versprechungen vertrauen wollen oder nicht.

Zu erinnern ist auch daran, dass der Stadtrat den Entscheid mit Bitcoin eine Kryptowährung zu akzeptieren insbesondere darum gefällt hat, als Verwaltung eigene Erfahrungen mit einer Kryptowährung zu machen. Ähnliches gilt für das aktuelle Projekt mit der blockchainbasierten digitalen Identität. Der Stadtrat erachtet es als wichtig, sich als Verwaltung mit diesen Themen auseinanderzusetzen, so dass auch eine reflektierte Diskussion möglich ist. Zu keinem Zeitpunkt hat sich der Stadtrat gegenüber einer Kryptowährung undifferenziert geäußert bzw. einer solchen "blindlings Vertrauen" entgegengebracht. Vielmehr ist sich der Stadtrat der verschiedenen Vor- und Nachteile von Kryptowährungen bewusst. Dies gilt insbesondere auch bezüglich die Kryptowährung Bitcoin. Gerade im Bereich der ICOs sieht der Stadtrat zudem ein gewisses Missbrauchspotential. Auf der anderen Seite erblickt der Stadtrat im Bereich der Kryptowährungen und vor allem im Bereich der Blockchain-Technologie zahlreiche Chancen (vgl. auch folgende Antworten).

Frage 3

Was meint der Stadtrat zur Aussage des Wirtschafts-Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz, Bitcoin bedeute "Steuerhinterziehung, Terrorismus, Geldwäsche" und sei "kein nachhaltiges Geschäftsmodell" (Sonntags-Blick vom 21./22. Januar 2018).

Antwort

Auf den ersten Blick erscheint es wenig reflektiert, Bitcoin mit "Steuerhinterziehung, Terrorismus, Geldwäsche" gleichzusetzen. Schliesslich kann eine Technologie in den meisten Fällen entweder auf positive oder negative Art genutzt werden. Ursache bei einem Missbrauch ist immer die kriminelle Energie einzelner Menschen und nicht die Technologie als solches. Festzustellen ist aber, dass es sich nur um eine kurze Aussage in einem längeren Interview handelt. Im gleichen Interview führt Stiglitz aus, dass es sich bei Blockchain nicht um das Gleiche wie Bitcoin handle. Über die Blockchaintechnologie äusserst sich Stiglitz gar lobend. Seine negative Haltung gegenüber Kryptowährungen begründet Stiglitz damit, dass es für Kryptowährungen nur eine Motivation gebe, nämlich die Geheimhaltung. Interessant in diesem Zusammenhang ist immerhin, dass Thomas Moser, Mitglied des erweiterten Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die Gefahr gerade in einer gegenteiligen Richtung sieht: In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift "Schweizer Monat" (Ausgabe 1057, Juni 2018, S. 64) sieht er in Zeiten von Big Data eine Problematik in der hohen Transparenz.

Frage 4

Was meint der Stadtrat zur "Reputations"-Frage der Neuen Zürcher Zeitung?

Antwort

Ein Reputationsrisiko sieht der Stadtrat lediglich in beschränktem Ausmass. Ein solcher lässt sich angesichts des Dilemmas zwischen der Offenheit gegenüber Neuem und möglichen Reputationschäden auch nicht vermeiden. Der Stadtrat rechnet zwar damit, dass es in Zukunft wieder zu ähnlichen Fällen wie dem hier zitierten Fall der Firma Envion AG kommt. Solche Schlagzeilen können sich jedoch unabhängig von der Wirtschaftsbranche ergeben. Zudem gewichtet der Stadtrat die positive Wirkung einerseits der offenen Haltung der Behörden im Kanton Zug gegenüber der neuen Technologie und andererseits der allgemein positiven Entwicklung des Crypto Valley als höher. So zeigt eine Studie des Institutes für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ), dass sich die Schweiz – und insbesondere die Region Zug – dank optimalen Rahmenbedingungen für den FinTech-Sektor zu einem global führenden FinTech-Zentrum entwickelt hat, besonders für Unternehmen im Bereich Blockchain und Kryptowährungen³. In den vergangenen Monaten wurde zudem in unzähligen Medien positiv über Zug berichtet. In zahlreichen Berichten wird die offene Haltung der Stadtverwaltung Zug und die Pionierrolle der Stadt Zug lobend erwähnt. Wer im Internet mit den Stichworten "Zug+Blockchain/Bitcoin" oder "Crypto Valley" nach Berichten sucht, kann sich davon ein Bild machen. Als nur ein Beispiel sei das Bordmagazin von EasyJet erwähnt, wurde die Stadt Zug in der März-Ausgabe dort doch als eine der fünf zukunftsreichsten Städte Europas erwähnt⁴. Das Medieninteresse ist im Übrigen nach wie vor ungebrochen: noch immer kommen regelmässig Anfragen, nicht nur von Journalistinnen und Journalisten, sondern zunehmend auch von interessierten Studentinnen und Studenten. Stadtpräsident Dolfi Müller und Stadtschreiber Martin Würmli hatten in den vergangenen Monaten schliesslich mehrmals die Gelegenheit, die Stadt Zug auf Einladung im In- und Ausland bei Referaten zu dem Thema in ein gutes Licht zu rücken.

³ <https://blog.hslu.ch/retailbanking/2018/02/28/ifz-fintech-studie-fintech-vom-hype-zur-reali-taet/>

⁴ <http://traveller.easyjet.com/emagazine/2976/march-2018/>

Allgemein liegen Chancen und Risiken immer nahe beieinander. Es kann durchaus sein, dass sich einzelne Kryptowährungen – auch der Bitcoin – in Zukunft nicht durchsetzen. Käme es zu einem "Bitcoin-Skandal" oder weitere Zuger ICOs würden negativ in die Schlagzeilen geraten, so würde die Stadt Zug sicherlich erneut im Interesse der Medien stehen, dannzumal in einem negativen Konnex. Ein nachhaltiger Schaden dürfte dadurch wohl nicht entstehen. Dies nicht zuletzt, weil die Stadt Zug auch Firmen aus zahlreichen anderen interessanten Wirtschaftszweigen beherbergen darf. Bundesrat Schneider-Ammann, welcher das Crypto Valley in den vergangenen Monaten mehrmals besucht hat, äusserst sich – ebenfalls im Sonntagsblick vom 21. Januar 2018 – zu den Risiken dahingehend: "Ja, es ist nicht risikofrei. Aber will man völlig risikofrei durch die Welt gehen, eröffnen sich auch keine Chancen mehr". Dieser magistralen Haltung kann sich der Stadtrat von Zug vollständig anschliessen, entspricht diese doch auch der "Machermentalität" aus der Stadtidee Zug und der gelebten Praxis der Zuger Wirtschaft.

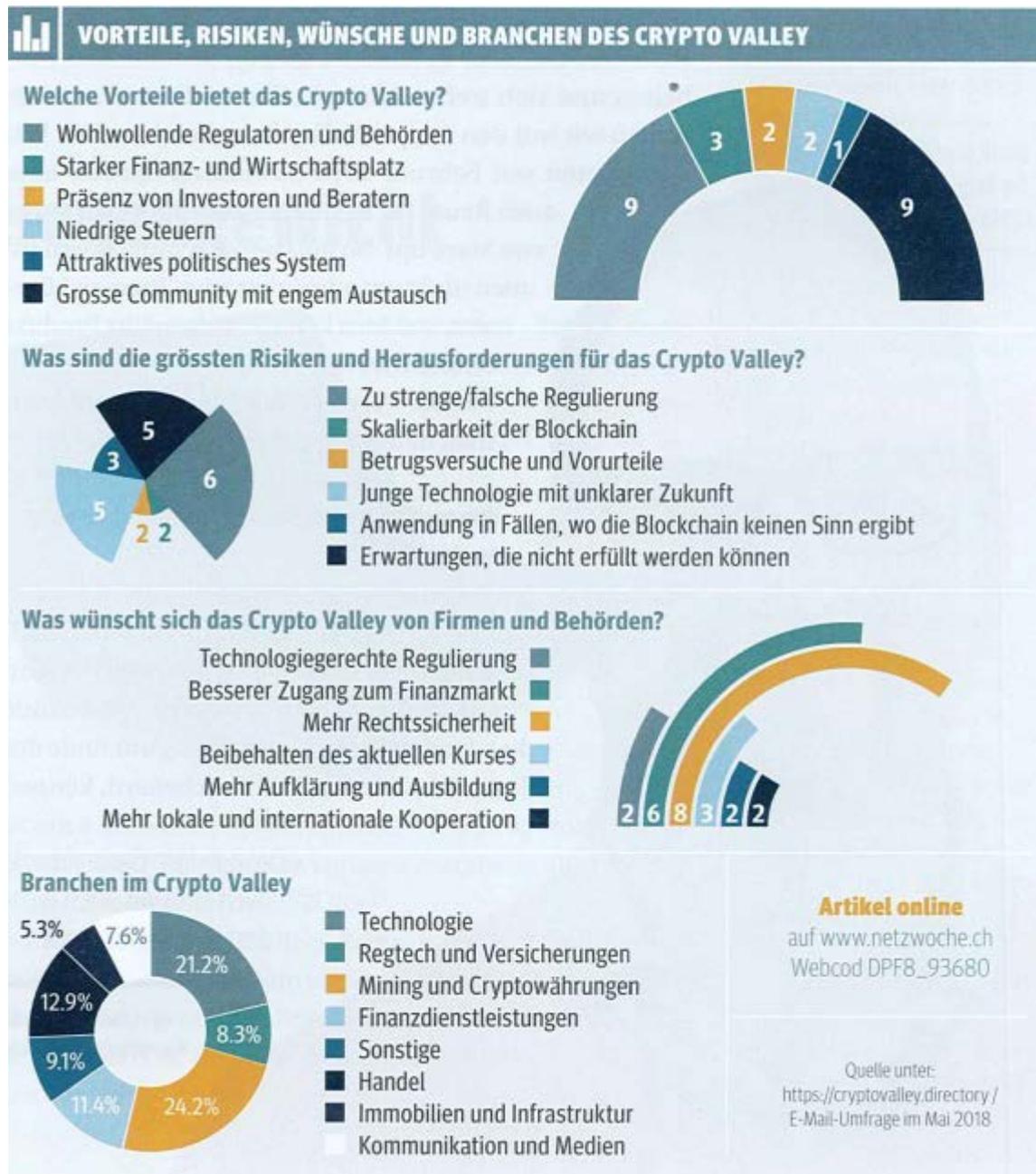
Frage 5

Teilt der Stadtrat die Sorge vieler Bürgerinnen und Bürger, die Stadt Zug könnte sich nach dem Rohstoffhandels-Risiko ein weiteres Risiko einhandeln?

Antwort

Dem Rohstoffhandel kommt in der Stadt Zug seit Jahren eine hohe Bedeutung zu. Verschiedenen Unternehmen aus diesem Bereich erzielen eine hohe Wertschöpfung und schaffen in unserer Region zahlreiche Arbeitsplätze. Immer wieder kam es in der Vergangenheit gegenüber der Branche bzw. einzelnen Unternehmen jedoch zu Vorwürfen bezüglich Nachhaltigkeit, Arbeitsbedingungen, Menschenrechte und Steuergerechtigkeit. Die Branche hat diese Vorwürfe zumindest teilweise aufgenommen und es ist ersichtlich, dass gerade in den letzten Monaten in diesen Bereichen durch die in Zug ansässigen Unternehmungen verschiedene Anstrengungen unternommen wurden. So hat die Zug Commodity Association beispielsweise einen Code of Conduct erlassen, welcher für ihre Mitglieder unter Anderem integres und ethisches Handeln gebietet. Auch hier kann zudem wiederum auf ein Beispiel aus Baar verwiesen werden; setzt doch die Firma Glencore International AG, ihren Fokus zunehmend auf Fragen der Nachhaltigkeit und Ethik und hat in diesem Bereich auch wichtige personelle Entscheide gefällt. Gerade das Beispiel des Rohstoffhandels zeigt damit, wie sich eine sehr internationale Branche in einem schweizerischen Umfeld in eine positive Richtung entwickeln kann. Dass auch im Kryptobereich bereits Selbstregulierungsbestrebungen bestehen, wurde vorstehend bereits aufgezeigt. Im Übrigen befassen sich zahlreiche Unternehmen in der Stadt Zug weniger mit Kryptowährungen, als vielmehr mit der Blockchaintechnologie als solches. Dabei stehen Anwendungen im Raum, welche gerade unter den Aspekten Nachhaltigkeit, Fairness, Datensouveränität und -sicherheit von Bedeutung sein können. In Entwicklungs- und Schwellenländern kann basierend auf der Blockchaintechnologie beispielsweise ein zuverlässiges Grundbuch aufgebaut werden und es gibt – um nur zwei Beispiele zu nennen – Projekte der Vereinten Nationen, welche Flüchtlingen mittels Blockchaintechnologie eine Identität gegeben werden kann bzw. die Verteilung von Hilfsgütern gerechter erfolgen kann. Auch wenn es immer mal wieder zu einer negativen Berichterstattung über einzelne Unternehmen kommen kann, so darf doch nicht vergessen werden, dass die Mehrheit der hiesigen Unternehmen an seriösen Projekten arbeitet. Bemerkenswert kann dabei, dass sowohl die Fachhochschule Zentralschweiz (HSLU), insbesondere das Departement Informatik in Rotkreuz und das IFZ sehr stark vom Austausch mit verschiedenen Unternehmen profitieren. Rund um diese Technologie hat sich in Zug nämlich ein eigentliches "Ökosystem" entwickelt, von welchem auch althergebrachte Wirtschaftszweige im Dienstleistungsbereich (z.B. Anwaltskanzleien und Treuhandbüros) profitieren. Wer die Vielfalt der Anwendungsmöglichkeiten der Blockchaintechnologie kennenlernen möchte, sei der Besuch einer der zwischenzeitlich zahlreich und mit vielen Besucherinnen und Besuchern aus der ganzen Welt stattfindenden "Kryptokonferenzen" sehr empfohlen. Einen nicht abschliessenden Überblick über die unterschiedlichen Firmen

gibt es auch auf der Karte der Crypto Valley Association⁵. Interessant und selbstredend schliesslich auch die nachfolgenden Grafiken, welche auf einer Umfrage bei verschiedenen Unternehmen in Zug basiert:



Zusammenfassend erachtet der Stadtrat, wie im Übrigen auch der Regierungsrat (vgl. Vorlage Nr. 2820.2; Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen betreffend "Digital Valley" oder "Crypto Valley" – wie positioniert sich der Kanton Zug), die Chance einer weltweiten Positionierung in einem zukunftssträchtigen Technologiebereich als höher, als die damit einhergehenden Risiken.

⁵ <https://cryptovalley.directory/>

Frage 6

Wie verträgt sich der sehr hohe Energieverbrauch von Bitcoin-Transaktionen mit den Zielen der 2000 Watt Gesellschaft?

Antwort

Der hohe Energieverbrauch von Bitcoin-Transaktionen verträgt sich mit den Zielen der 2'000-Watt-Gesellschaft nicht. Der Stadtrat nimmt deshalb mit Genugtuung zur Kenntnis, dass in diesem Bereich durch die Branche aktuell zahlreiche Bestrebungen bestehen. Schon aktuell gibt es Lösungen, welche wesentlich weniger Energie benötigen, als die Blockchaintechnologie der ersten Generation⁶ und es ist damit zu rechnen, dass in den nächsten Jahren in diesem Bereich die grössten Fortschritte erzielt werden, womit der heutige Nachteil in den nächsten Jahren durch die technologische Entwicklung stark an Bedeutung verlieren wird. Dies geschieht nur schon aus einem ökonomischen Interesse heraus: sind doch hohe Energiekosten und auch die heute langen Transaktionsprozesse heute die grössten Nachteile der Blockchaintechnologie und hemmen diese in ihrer Entwicklung. Gerade die Stiftung Ethereum mit Sitz in der Stadt Zug hat mit einem neuen Konzept übrigens einen wesentlichen Beitrag zu einem ressourcenschonenderen Verfahren gemacht.

Frage 7

Ist er aufgrund des jüngsten Skandals bereit, seinen Entscheid, Bitcoin als Zahlungsmittel zu akzeptieren, zu hinterfragen?

Antwort

Der Stadtrat reflektiert sein Handeln stetig. Im Dezember 2017 hat er entschieden das Projekt für unbestimmte Zeit weiterlaufen zu lassen. Die Interpellantin kann jedoch dahingehend informiert werden, als sich ein Entscheid des Stadtrates aktuell automatisch erübrigt. So wurden seit letztem Dezember keine Transaktionen mehr durchgeführt. Dies, weil die Transaktionskosten in den letzten Monaten aufgrund des hohen weltweiten Transaktionsvolumens sehr stark gestiegen sind. Dabei zeigt sich, dass die Kryptowährung Bitcoin bei einem kleinen Transaktionsbetrag aktuell wenig Sinn macht. Auch dies ist Teil des Lernprozesses und eine grundlegende Erkenntnis aus dem Pilotprojekt.

⁶ Für das Mining gibt es verschiedene Verfahren. Beim sogenannten "Proof-of-Work-Verfahren" muss der Miner bzw. sein Computer mit Rechenleistung einen Hashwert solange verändern, bis er mit einem bestimmten Muster übereinstimmt. Grundsätzlich ist offen, wer das Mining vornimmt, alle Teilnehmenden des Netzwerkes können die Lösung der Aufgabe angehen. Dort, wo die Aufgabe am schnellsten gelöst wird, fällt eine Entschädigung an. Beim sogenannten "Proof-of-Stake-Verfahren" hingegen wird vom System bestimmt, wer die mathematische Aufgabe löst – dies geht schneller und verhindert, dass unnötig Energie verschwendet wird, da weniger Rechenleistung notwendig ist.

Antrag

Wir beantragen Ihnen,

- die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis zu nehmen.

Zug, 3. Juli 2018

Dolfi Müller
Stadtpräsident

Martin Würmli
Stadtschreiber

Beilage:

- Interpellation von Astrid Estermann "Crypto-Währungen: Ein Reputationsproblem für Zug?"

Die Vorlage wurde vom Präsidi­aldepartement verfasst. Weitere Auskünfte erteilt Ihnen gerne Stadtpräsident Dolfi Müller, Tel. 041 728 21 04.